

Deutschland verarmt

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer: In Deutschland haben die Einkommensunterschiede stark zugenommen, berichtet die OECD in einer neuen Studie. Im Vergleich zu anderen Industrienationen hat sich die Lage hierzulande extrem verschlechtert. Besonders betroffen: Alleinerziehende und Kinder.



Immer mehr Bedürftige: Eine Mitarbeiterin der Armenküche in der Düsseldorfer Altstadt bei der Essensausgabe
Foto: © Steffi Loos/DDP

Die Einkommensunterschiede und der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung sind in Deutschland stark gestiegen. Die Zunahme zwischen 2000 und 2005 sei stärker gewesen als in den gesamten vorherigen 15 Jahren, berichtete die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrer am Dienstag veröffentlichten Studie "Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?". Die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich zudem schneller als in den meisten anderen OECD-Ländern.

"Trotz anhaltender staatlicher Umverteilung durch Steuern und Transfers erhöhte sich die Kluft zwischen Reich und Arm", heißt es in der Studie. Die Armutsquote liege inzwischen knapp über dem OECD-Durchschnitt, während sie Anfang der

90er Jahre um ein Viertel niedriger ausgefallen sei. Die Einkommensunterschiede, die im internationalen Vergleich lange Zeit eher niedrig gewesen seien, hätten fast das Niveau der OECD, der 30 Industrieländer angehören, erreicht. Abgesehen von Frankreich, Spanien, Irland, Griechenland und der Türkei hat in allen 30 OECD-Ländern die Einkommensungleichheit zwischen 1985 und 2005 zugenommen, heißt es in der Untersuchung.

Unterhalb der Armutsschwelle lebten 10,5 bis 11 Prozent der Gesamtbevölkerung. "Deutschland liegt hier leicht über dem OECD-Durchschnitt", sagte Michael Förster, einer der Hauptautoren der Studie, am Montag in Berlin. Dänemark und Schweden erreichten nur einen Wert von 5 Prozent. Deutschland gehöre mit Tschechien, Kanada und Neuseeland auch zu den Ländern, in denen die Kinderarmut am stärksten gewachsen sei.

Alleinerziehende und Kinder sind der Studie zufolge überdurchschnittlich, Rentner dagegen unterdurchschnittlich von Armut betroffen. Als von Armut bedroht gelten nach der OECD-Definition Menschen mit weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens im jeweiligen Land. Dabei wird nicht der Mittelwert aller Einkommen herangezogen, sondern der deutlich niedriger liegende Median, der die gesamte Bevölkerung genau in der Mitte in zwei gleich große Gruppen teilt.

Arbeitslosigkeit spielt eine große Rolle

Die OECD macht mehrere Faktoren für die Entwicklung in Deutschland verantwortlich. So seien die höheren Einkommen vor allem bei den Männern seit der Jahrtausendwende deutlich schneller gewachsen als die niederen. "Dabei ist anders als vielfach behauptet die Spreizung der Einkommensschere nicht hilfreich für Wachstum. Sie macht es für talentierte und hart arbeitende Menschen schwerer, den Lohn zu erhalten, den sie verdienen", erklärte OECD-Generalsekretär Angel Gurría. Außerdem trage in der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit mehr als in den meisten OECD-Ländern zur ungleichen Einkommensverteilung bei: Zwischen 1995 und 2005 sei der Anteil der Menschen, die in Haushalten ohne jedes Erwerbseinkommen leben, auf 19,4 Prozent gestiegen. Damit weise Deutschland im OECD-Vergleich die höchste Rate an Haushalten ohne erwerbstätige Person auf.

Im OECD-Durchschnitt liegt das Armutsrisiko in Haushalten, in denen keine Person arbeitet, den Angaben zufolge bei etwa 30 Prozent. Bei einem Einkommen im Haushalt senke es sich auf 12 bis 13 Prozent und bei mehreren auf 3 Prozent. In Deutschland dagegen sei die "Einkommensarmutsrate der Haushalte ohne Erwerbseinkommen bei 40 Prozent", erklärte Förster. Bei einem Einkommen sinke es auf 7 bis 8 Prozent, bei mehreren auf 1 Prozent.

Schließlich haben der Studie zufolge Veränderungen bei der Haushaltsstruktur zu mehr Ungleichheit in Deutschland geführt. In den vergangenen Jahren habe sich die Zahl der Single-Haushalte und Alleinerziehenden deutlich erhöht - und kleinere Haushalte benötigten ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als größere, um denselben Lebensstandard zu erreichen.

Langzeitarmut ist der OECD zufolge dagegen ein Phänomen, das in Deutschland seltener als anderswo auftritt. Etwa zwei bis drei Prozent der Bevölkerung sind davon betroffen, gelten also über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren als arm. Nur in Dänemark und den Niederlanden sei der Anteil noch geringer, der OECD-Schnitt liege doppelt so hoch. Auch materielle Entbehrungen seien in Deutschland seltener als in vielen anderen Ländern. Etwa acht Prozent der Bevölkerung müssten deutliche Abstriche am Lebensstandard machen - im OECD-Schnitt seien es zwölf Prozent.

DIW blickt sorgenvoll auf 2009

Im Jahr 2006 hat sich die Einkommensungleichheit in Deutschland laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) weiter verschärft. Ein Jahr später, angeregt durch den konjunkturellen Aufschwung, habe sich die Lage wieder verbessert. "Was in absoluten Zahlen bedeutet, dass 1,2 Millionen Menschen in Deutschland aufgrund der verbesserten Arbeitsmarktsituation nicht mehr von Armut betroffen sind", sagte Markus Grabka vom DIW.

Die konjunkturelle Entwicklung stelle sich seit Mitte 2008 aber wieder deutlich negativer dar. Die Arbeitsmarktstrukturen hätten sich in den vergangenen zehn Jahren mit mehr Leih- und Zeitarbeit sowie geringfügiger Beschäftigung stark verändert. Diese Beschäftigten "werden jetzt im Rahmen des konjunkturellen Abschwungs relativ schnell aus dem Arbeitsmarkt hinauskatapultiert werden. Was unserer Einschätzung nach das Ausmaß an Einkommensarmut für das Jahr 2009 wieder steigen lässt", sagte Grabka.